

### **Langzeitarbeitslosen Menschen Perspektiven im Konzern Stadt geben!**

Zum Antrag „Teilhabechancengesetz unterstützen–Langzeitarbeitslosen Menschen Perspektiven im Konzern Stadt geben“ der Fraktion DIE LINKE. erklärt die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz:

„Das Teilhabechancengesetz ist zum Anfang des Jahres 2019 in Kraft getreten. Auch wenn es berechtigte Kritik an diesem Gesetz gibt, sehen wir hier dennoch eine Möglichkeit langzeitarbeitslosen Menschen neue Perspektiven zu geben. In Osnabrück gibt es rund 2.500 Langzeitarbeitslose, von denen leider nur ein kleiner Teil mit dem Programm gefördert werden kann. Das neue Teilhabechancengesetz fördert Beschäftigungsverhältnisse über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren, in den ersten beiden Jahren sogar zu 100 %.

Die Kritik an dem Gesetz richtet sich vor allem an die unsichere Beschäftigung, die dadurch gefördert wird, dass es keine Garantien für eine Weiterbeschäftigung über die Förderperiode hinaus gibt. Dass während des geförderten Arbeitsverhältnisses keine Ansprüche in der Arbeitslosenversicherung erworben werden und somit die Gefahr eines Rückfalls auf ALG II droht, macht die Aussichten nach bis zu fünf Förderjahren noch prekärer.

Dieser Kritik möchten wir auf kommunaler Ebene begegnen und fordern die Verwaltung auf nach erfolgreicher Förderung sicherzustellen, dass die Menschen eine langfristige und unbefristete Perspektive beim Konzern Stadt bekommen.“

### **Lasten aufs Rad–aber für alle!**

Zum Antrag „Lasten aufs Rad – Straßen entlasten“ der Grünen und dem entsprechenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. äußert sich Heidi Reichinnek:

„Mehr Menschen aufs Rad zu bewegen ist ein erstrebenswertes Ziel. Lastenräder haben das Potenzial immer mehr Menschen davon zu überzeugen, das Auto als Transportmittel stehen zu lassen. Neben einer sicheren und gut ausgebauten Radverkehrsinfrastruktur, helfen dabei sicher auch Förderprogramme für die Anschaffung von Lastenrädern.

Viel wichtiger ist es aber Lastenräder als Gemeingüter anzubieten und so allen Menschen die Möglichkeit zu geben, ein Lastenrad zu nutzen. Denn auch mit Förderprogramm ist die Anschaffung eines Lastenrads eine kostspielige Investition.

Das Engagement für eine ökologische Zukunft darf nicht vom Einkommen abhängen. Daher spricht sich unsere Fraktion für eine verstärkte Förderung und Unterstützung der kostenfreien Angebote von Karlos, dem ADFC und auch den Stadtwerken aus.“

### **Lebensqualität erhalten, mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen!**

Zum Änderungsantrag „Lebensqualität erhalten, mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen!“ erklären die Ratsfrauen der Fraktion DIE LINKE. Giesela Brandes-Steggewentz und Heidi Reichinnek:

„Wir brauchen mehr bezahlbaren und guten Wohnraum in unserer Stadt. Klar ist: nur das Ziel auf 5.000 Wohneinheiten zu erhöhen wird nichts bringen. Wir müssen feststellen, dass auch die Schaffung von Planungsrecht für 3.000 Wohnungen das Problem der bezahlbaren Mieten nicht gelöst hat. Im Neubau entstehen auf dem freien Markt keine bezahlbaren und guten Wohnungen–hier muss zukünftig die kommunale Wohnungsbaugesellschaft tätig werden!

Dennoch brauchen wir für die weitere Bauflächenentwicklung ein integriertes Stadtentwicklungsprogramm. Die Flächen werden knapper, es müssen soziale, ökologische und wirtschaftliche Kriterien berücksichtigt werden.

Bei der Suche nach weiteren Bauflächen dürfen wir daher den gesamtstädtischen Blick nicht verlieren. Diesem wollen wir gemeinsam mit der Regenbogenkoalition in unserem Änderungsantrag nachkommen.“